



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Klarheit schaffen über Belastungen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger und der öffentlichen Haushalte durch Euro-Rettungspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sowie dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zeitnah und künftig regelmäßig mindestens alle drei Monate über die Auswirkungen der Euro-Rettungspolitik Bericht zu erstatten und dabei stets aktualisierte Zahlen zu insbesondere folgenden Fragen vorzustellen:

1. Welche Erkenntnisse über die Belastungen für die Bundesrepublik Deutschland der Staatsregierung vorliegen:
 - a) Welche Belastungen sind bereits entstanden und entstehen für Deutschland und den deutschen Steuerzahler einschließlich der Institutionen KfW und Bundesbank durch die Unterstützung Griechenlands und die Stabilisierung des Euros, aufgeschlüsselt nach:
 - direkten und indirekten Auswirkungen von Schuldenschnitten
 - direkten und indirekten Auswirkungen von Rettungspaketen,
 - geleisteten bilateralen Verpflichtungen inklusive Krediten und Bürgschaften,
 - Beteiligungen an betreffenden Institutionen wie z.B. EFSM, EFSF, ESM, IWF, EZB,
 - direkten Verpflichtungen durch Kredite und Bürgschaften,
 - indirekte Verpflichtungen durch z.B. TARGET 2, Haftung für EZB-Verbindlichkeiten, Gewährleistungen für Bad Banks (FMS, EAA).

- b) Welche Erkenntnisse der Staatsregierung darüber vorliegen, wie sich die Belastungen auf
 - tatsächliche Zahlungsströme und
 - auf Haftungs- und Ausfallrisiken (mit einer Einschätzung der Eintritts- bzw. Ausfallwahrscheinlichkeit und -höhe) verteilen.
2. Belastungen für und Auswirkungen auf den Freistaat Bayern und den bayerischen Steuerzahler:
 - a) Welche Auswirkungen haben die Euro-Währungskrise und die Maßnahmen zu deren Bekämpfung für die BayernLB und die bayerischen Sparkassen sowie andere Institutionen des Freistaates?
 - b) Welche direkten und indirekten Auswirkungen haben die von Bundesregierung und Bundestag eingegangenen Verpflichtungen auf den Bayerischen Staatshaushalt (unmittelbar und mittelbar)?

Begründung:

Am 27. Februar 2015 hat der Bundestag der Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland zugestimmt, obwohl die zugesagte Reformagenda der griechischen Regierung mehr als schwammig und unkonkret war. Seither ringen die Euro-Staaten mit dem mangelnden Reformwillen der griechischen Regierung. Ein drittes Hilfspaket ist schon lange im Gespräch, das neue Verbindlichkeiten für den deutschen und bayerischen Steuerzahler verursachen wird. Ein Ende der Euro-Rettungspolitik ist nach wie vor nicht in Sicht und die diplomatischen Handlungsspielräume haben sich gegenüber einer populistisch agierenden griechischen Regierung stark reduziert. Da auch Bayern durch die Euro- und Griechenlandrettung unmittelbar betroffen ist, soll im Sinne der Bürgerinnen und Bürger des Freistaates größtmögliche Transparenz und Aufklärung geschaffen werden. Denn unklar ist bislang, inwieweit der Freistaat Bayern bzw. seine Institutionen direkt oder indirekt an diesen Rettungsaktionen beteiligt sind bzw. durch Auswirkungen betroffen sein könnten. Die immer neuen Entwicklungen im Bereich der Euro-Rettungspolitik erfordern eine regelmäßige Berichterstattung durch die Staatsregierung. Der Landtag muss sich als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger stets umfassend informieren. Die Dynamik der Ereignisse und Entscheidungen macht es nötig, dass der Landtag in einem ausreichend kurzen Turnus zu diesen Sachverhalten umfassend unterrichtet wird.